Nr. 560. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 29. November 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 29. November. Dem hiesigen Magistrat ist auf sein an die Kaiserin Friedrich zum Geburtstage gerichtetes Glückwunschschreiben folgendes Dankschreiben zugegangen:

Mit aufrichtiger Freude habe Ich die Zuschrift empfangen, mit welcher der Magistrat der Stadt Berlin Mich zu Meinem diesjährigen Geburtstage beglückwünscht. Je lebhafteren Antheil Ich an Allem nehme, was das Wohlergehen und das fortschreitende Gedeihen der Hauptstadt betrifft, um so dankbarer empfinde Ich d n warmen Ausdruck anhänglicher Gesinnung, in welcher der Magistrat seine Glückwünsche zur Verlobung Meiner jüngsten Tochter und zu der Geburt einer Enkelin verbindet.

Berlin, 24. November 1892.

gez. Viktoria, Kaiserin und Königin Friedrich.

— Das Befinden des Herzogs von Ratibor, der außer an Lungenentzündung auch noch an einer rheumatischen Wirbelaffektion erkrankt ist, hat sich nicht gebessert. Wie der „A. R. C." aus Wien mitgetheilt wird, ist Professor Nothnagel an das Krankenbett des Herzogs nach Rauden in Schlesien berufen worden.

— Am Sonntag fand, wie der „N. L. C." berichtet wird, in Heidelberg ein Delegirtentag der nationalliberalen Partei Südwest-Deutschlands zur Aussprache über die gegenwärtige politische Lage und die daraus erwachsenden Aufgaben statt. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und tagte unter dem Vorsitz des Bankdirektors Eckhard-Mannheim Von jetzigen und früheren Abgeordneten, sowie sonstigen namhaften Männern der Partei waren u. A. anwesend: Osann-Darmstadt, Clemm-Ludwigshafen, Brünings-Germersheim, Fieser-Karlsruhe, Georg Meyer-Heidelberg, Blankenhorn, Veiel, Böhm, Aub, Blum, Bassermann, Staelin, Stockmeier. In der Versammlung herrschte völlige Uebereinstimmung, die Beschlüsse sollen aber vorerst nicht veröffentlicht, sondern dem Zentralvorstand der Partei übermittelt werden zu weiterer Veranlassung in einer demnächst stattfindenden Sitzung

— Zur Brausteuer dürfte folgende Uebersicht der Bier- und Branntwein-Produktion Deutschlands im Verhältniß zur Bevölkerung von Interesse sein:

	Bier pro Kopf der Bevölkerung Liter: 1879—80	1890—91	Branntwein pro Kopf der Bevölkerung Liter: 1879—80	1890—91
a) Süd- und Norddeutschland:				
Süd-Deutschland (Baiern, Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen)	173,0	187,7	2,0	2,2
Norddeutsche Steuergemeinschaft	62,1	83,8	12,6	7,9
b) Einzelne Staaten:				
Königreich Baiern	241,6	257,7	2,4	2,8
" Württemberg	168,6	172,8	0,4	1,1
Thüringische Staaten	126,1	142,9	1,4	0,3
Großherzogthum Baden	72,0	101,3	3,4	2,9
Königreich Preußen	54,3	75,5	13,7	8,0
c) Einzelne Verwaltungsbezirke:				
Hessen-Nassau	73,8	100,1	2,9	0,9
Rheinland	54,8	78,1	3,2	1,2
Westfalen	51,5	89,2	7,2	3,4
Schlesien	48,7	62,6	15,8	10,0
Pommern	31,1	43,2	20,5	17,9
Westpreußen	30,8	43,6	20,0	13,1
Posen	21,3	27,2	34,8	23,8

Bemerkenswerth ist, daß in Beiern seit Erhöhung der Brausteuer der Branntweinkonsum erheblich zugenommen hat.

— Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Am 28. d. Mts. wurde der Schnellzug 94 (Kohlfurt-Falkenberg) bei der Durchfahrt auf Station Niesky in Folge falscher Weichenstellung nach einem Nebengeleise abgeleukt und stieß dort auf 2 leere Güterwagen. Reisende weder getödtet noch verletzt, Lokomotivheizer an beiden Knieen gequetscht. Die Lokomotive des Zuges und beide Güterwagen wurden beschädigt. Betriebsstörung dauerte 2 Stunden.

— Der Anarchist Textilarbeiter Petersdorf aus der Greifswalder Straße ist am letzten Sonnabend von der politischen Abtheilung des Berliner Polizeipräsidiums verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängniß eingeliefert worden, weil er in einer öffentlichen Versammlung angerathen haben soll, durch gewaltsame Mittel eine Aenderung der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung herbeizuführen.

— Die Konservativen haben im Reichstage, wie bereits gemeldet, abermals eine ganze Reihe von Wünschen für das Handwerk und den kleinen Gewerbebetrieb angemeldet, die nach den Erklärungen der Regierung wie auch meist nach den Abstimmungen des Hauses unerfüllbar sind, was auch die konservativen Antragsteller sehr gut wissen, was sie aber nicht abhält, aus einer auf gewisse Kreise berechneten Popularitätshascherei immer wieder darauf zurückzukommen. Bekanntlich hat sich die Regierung wiederholt und auch zuletzt noch im Frühjahr auf dem Handwerkerkongreß über ihre Stellung zu den bekannten Forderungen der Handwerker mit hinreichende Deutlichkeit ausgesprochen. Betreffs der Abzahlungsgeschäfte und des Hausirhandels ist sie bereit, berechtigten Wünschen in den Grenzen der Möglichkeit entgegenzukommen. Es liegt bezüglich der Abzahlungsgeschäfte bekanntlich bereits ein erster gesetzgeberischer Schritt in Gestalt eines dem Bundesrath unterbreiteten Gesetzentwurfs vor. Die konservativen Anträge, die übrigens keine bestimmten Gesetzesvorschläge sind, sondern lediglich Wunschform haben, also sich um die Schwierigkeit der Lösung bequem herumdrücken, betreffen aber die schon so oft als unthunlich erwiesene Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises, ferner eine Erweiterung der Innungsprivilegien, die von der Einführung der mittelalterlichen Zwangsinnung mit allen ihren Verkehrtheiten bei unserem modernen Betriebe kaum noch weit entfernt ist, endlich das Verbot an die Konsumvereine, Waaren an Nichtmitglieder abzugeben nebst Bestimmung der Strafe für Zuwiderhandelnde, völliges Verbot der Wanderlager und Wanderauktionen. Neu sind die Forderungen, daß aus der Bezeichnung jedes kaufmännischen oder gewerblichen Geschäfts das Geschlecht und der Name des Inhabers erkennbar sein soll, sowie daß Derjenige bestraft wird, der nach erkannter Zahlungsunfähigkeit Geschäfte auf Kredit macht, ohne den andern Theil zuvor davon in Kenntniß gesetzt zu haben. Sie sind wie die übrigen ohne jeden erläuternden Zusatz noch Begründung aufgestellt und bedürfen namentlich, was die ersteren betrifft, näherer Ausführungen. Im Ganzen darf man aber schon jetzt sagen, daß die konservativen Anträge, die übrigens vom Zentrum nicht unterstützt sind, auch in dieser Session einen Schlag ins Wasser bedeuten werden.

Bad Homburg, 28. November. In der Wohnung des verstorbenen Polizei-Präsidenten v. Madai hat in Gegenwart der Spitzen der Behörden der Stadt eine Leichenfeier stattgefunden, wobei Pfarrer Hestermann die Trauerrede hielt. Nach der Feierlichkeit wurde die Leiche unter den Klängen der Militärmusik nach dem Bahnhof übergeführt, begleitet von einem ungemein großen Trauergefolge, unter welchem sich auch die Offiziere des Frankfurter Landwehrbezirks befanden, dem der Verstorbene angehörte.

Meiningen, 27. November. Die Erwartung, daß der Herzog im Winter hier Aufenthalt nehmen werde, bestätigt sich leider nicht. Er wird sich vielmehr Anfang Dezember von Schloß Altenstein nach Cannes begeben, um sich dort der Wiederherstellung seiner Gesundheit besser, als dies hier möglich ist, widmen zu können. Vor seiner Abreise wird er am Dienstag den Landtag zur Hoftafel bei sich sehen. Heute sind Prinz Friedrich und Gemahlin aus Kassel zu Besuch auf Schloß Altenstein angekommen.

Dresden, 28. November. Die Frage, ob eine Innung befugt sei, festzustellen, welche Preise ihre Mitglieder vom Publikum nehmen sollen, ist seitens des königlich sächsischen Ministeriums des Innern bejaht worden. Bei der Kreishauptmannschaft in Leipzig beschwerte sich ein Barbier darüber, daß in das von der Kreishauptmannschaft genehmigte Statut seiner Innung eine Bestimmung aufgenommen sei, wonach jedem Innungsmitgliede die Einhaltung des von der Innung festgesetzten Minimaltarifs für gewerbliche Leistungen obliegt, und Uebertretung dieses Tarifs mit Ordnungsstrafe bedroht ist. Die königliche Kreishauptmannschaft hat diese Beschwerde abgewiesen und in er Entscheidung Folgendes ausgeführt: Die angefochtene Bestimmung dient zur möglichsten Fernhaltung der Schleuderkonkurrenz. Eine solche Konkurrenz zu beseitigen, einen soliden Geschäftsbetrieb bei den Innungsmitgliedern zu fördern, eine Benutzung unlauterer oder schwindelhafter Mittel seitens der Innungsmitglieder auszuschließen, ist aber eine der Hauptaufgaben der Innung, insofern als diese nach § 97 Abs. 2 Nr. 1 der Gewerbeordnung gerade zur Pflege des Gemeingeistes, sowie zur Aufrechthaltung und Stärkung der Standesehre unter den Mitgliedern berufen ist — vergl. Anm. zu § 15 des vom Reichsamte des Innern veröffentlichten Normalinnungsstatuts. — Ist demnach die angefochtene Bestimmung des Innungsstatuts gerade um deswillen aufgenommen worden, um eine der gesetzlichen Aufgaben der Innung zu erfüllen, so fallen sämmtliche aus § 98a Abs. 3 der Gewerbeordnung gezogenen Schlußfolgerungen des Beschwerdeführers in sich zusammen, und es war vielmehr anzuerkennen, daß dieselbe den gesetzlichen Bestimmungen vollkommen entspricht. Da nach § 98b Abs. 2 Nr. 1 der Gewerbeordnung die Genehmigung eines Innungsstatuts aber nur versagt werden kann, wenn es den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht, so lag hiernach ein Grund, das Statut der Barbier- und Friseurinnung nicht zu genehmigen, nicht vor, in Folge dessen mußte sich die königliche Kreishauptmannschaft aber auch behindert sehen, gemäß § 103[1] der Gewerbeordnung, dem Wunsche des Beschwerdeführers entsprechend, eine Anordnung auf Abänderung des Statuts zu treffen. Ist aber die rechtliche Zulässigkeit der betreffenden Bestimmung nachgewiesen, so liegt für die königliche Kreishauptmannschaft eine Veranlassung, ihre wirthschaftliche Zulässigkeit zu prüfen — d. h. wohl zu erwägen, ob sie praktisch durchführbar und zweckentsprechend sei — nicht vor, sie hat dies vielmehr lediglich der Innung selbst zu überlassen. Auf hiergegen eingelegtes Rechtsmittel hat das königliche sächsische Ministerium des Innern diese Entscheidung bestätigt.

Straßburg i. E., 27. November. Auf der lothringischen Grenzstation Noveant wurden zwei aus Metz gebürtige und ausgewanderte französische Studenten angehalten, da sie nicht, wie für Emigranten ihrer Kategorie vorgeschrieben, mit einem Paß versehen waren. Da sich bei ihnen überdies einige schimpfliche Karrikaturen auf das Kaiserdenkmal in Metz vorfanden, werden sie wegen Majestätsbeleidigung verfolgt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. November. Der Botschafter von Szoegyenyi ist hier eingetroffen; derselbe siedelt Anfang Dezember mit seiner Familie nach Berlin über.

Pest, 28. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte der Präsident den Tod Moriz Wahrmanns an, der als erster jüdischer Abgeordneter vor 25 Jahren in den Reichstag kam und seither als Präsident des Finanzausschusses eine der wichtigsten Stellen inne hatte. Nach dem Präsidenten sprach Hegedüs namens des Finanzausschusses, anerkennend, daß sich Wahrmann um die Gesundung der ungarischen Finanzen große Verdienste erworben habe. Hierauf erklärte namens der äußersten Linken Eötvös, namens der gemäßigten Linken Graf Apponyi, daß ihre Parteien sich der Theilnahme anschließen. Apponyi hob hervor, daß Wahrmann um die magyarischen Nationalbestrebungen sich wohlverdient gemacht. Hierauf beschloß das Haus einstimmig, sich an dem Leichenbegängniß korporativ zu betheiligen und morgen um die Stunde, wo das Leichenbegängniß stattfindet, keine Sitzung zu halten.

Pest, 28. November. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus hat heute mit großer Majorität das Budgetprovisorium angenommen.

Schweiz.

Lausanne, 28. November. (W. T. B.) Der waadtländische Kassationshof hat die vom Bundesrath in dem Prozeß betreffend die Kesselexplosion auf dem Dampfer „Montblanc" gegen das Urtheil des hiesigen Assisenhofes eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde als verspätet und wegen mangelnder Aktiv-Legitimation des Beschwerdeführers einstimmig abgewiesen.

Luxemburg.

Man schreibt der „Pol. Korr." aus Luxemburg vom 24. November:

Die der Kammer vorgelegte Finanz-Uebersicht zeigt ein günstiges Bild der Finanzlage, indem der für das nächste Jahr sich ergebende Mehrbedarf von 630,000 Franks bei 8,183,000 Franks ordentlichen Einnahmen weitaus durch die Mehreingänge des Vorjahres gedeckt erscheint und außerdem noch ein Ueberschuß von 1,923,000 Franks resultirt. In dieser Summe ist noch nicht inbegriffen ein Reservefonds von 812,000 Franks, der sich aus den diesjährigen Rückkäufen von Rententiteln ergiebt. Unter den Einnahmeposten befindet sich die Grundsteuer ausschließlich der Gebäudesteuer mit 662,000 Franks; dieselbe wird bereits um ein Bedeutendes überflügelt von dem Ertrage der Mobiliarsteuer, welcher sich auf rund 1,080,000 Franks beläuft. Die Höhe der auf das Grundeigenthum entfallenden Zollvereins-Einnahmen betrug 2,818,000 Franks, was gegenüber dem Voranschlage eine Mehreinnahme von 318,000 Franks bedeutet.

Belgien.

Brüssel, 28. November. (W. T. B.) Internationale Münzkonferenz. Bei Begründung seiner Vorschläge hob der englische Delegirte v. Rothschild noch hervor, er sehe nicht ein, weshalb das Silber in England nicht bis zum Betrage von 5 Pfund, statt wie bisher zum Betrage von 2 Pfund Sterling als gesetzliches Zahlungsmittel gelten solle.

Brüssel, 28. November. (W. T. B.) Internationale Münzkonferenz. Der russische Delegirte Raffalowitsch beantragte, von dem holländischen Delegirten Vandenberg und dem spanischen Delegirten Osma lebhaft unterstützt, die Vorschläge Rothschilds einer Kommission zur Prüfung zu unterbreiten. Dieselbe Kommission soll auch die Vorlagen Soetbeers und Levys sowie andere Entwürfe, welche von den Mitgliedern der Konferenz eingebracht werden sollten, einer Prüfung unterziehen. Nachdem hierauf die fragliche Kommission gewählt worden war, vertagte sich die Konferenz bis zum nächsten Freitag.

Frankreich.

Ueber den Sturz des Ministeriums Loubet wird dem „B. T." geschrieben:

Paris, 28. November, 7 Uhr 20 Min. Nachm. Das Ministerium Loubet-Freycinet, von dem es fast schien, daß es die Panama-Skandale faute de mieux überdauern sollte, ist soeben über — der Leiche des Barons Reinach, des, wie die Fama behauptet, durch Selbstmord geendeten Verwaltungsraths der Panama-Gesellschaft, zu Falle gekommen. Der Revierarzt hatte das Gutachten abgegeben, Reinach sei eines natürlichen Todes gestorben; das glaubten in Paris die Wenigsten. Denn Reinach hatte allgemach fast sein ganzes riesiges Vermögen beim Panama-Krach verloren; er war derjenige gewesen, durch den angeblich die fünf Millionen Franks Bestechungsgelder vertheilt worden waren, und Reinach ward beschuldigt, von diesen fünf Millionen den größten Theil in seine eigene Tasche gesteckt zu haben. Grund genug, um an den Selbstmord des Finanzmannes zu glauben.

Die Leiche des Barons Reinach war nicht behördlich sezirt worden. Der zuständige Polizeiarzt hatte ja natürlichen Tod festgestellt. Es hieß, Justizminister Ricard habe die Autopsie der Leiche bereits angeordnet gehabt, dann aber diesen Befehl wieder zurückgenommen. Das war für die Pariser noch mehr Grund, hinter dem mystischen Todesfall Unheil zu wittern. Die Angelegenheit ward zum Gegenstand einer Interpellation in der Kammer gemacht. Bei der Abstimmung hierüber ist das Ministerium mit 219 gegen 304 Stimmen in der Minderheit geblieben und hat in Folge dessen dem Präsidenten Carnot sofort sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Ehe die Affaire der Leiche des Barons Reinach in der Kammer zur Diskussion gelangte, war dieselbe Gegenstand lebhafter Verhandlungen in der Panama-Untersuchungs-Kommission. Nachdem der Herausgeber der Zeitung „Libre Parole", Dumont, der Panama-Untersuchungskommission erklärt, er werde nur dann aussagen, wenn er sich in Freiheit befinde, hat der Minister des Innern, Loubet, der Kommission mitgetheilt, es sei unmöglich, Drumont freizulassen, da es ungesetzlich sein würde, die Haft desselben zu unterbrechen; eine Begnadigung sei ebenfalls unmöglich, da Drumont noch nicht die Hälfte seiner Strafe verbüßt habe.

Der Justizminister Ricard erklärte der Kommission, daß er eine Sektion der Leiche des Barons Reinach nicht habe anordnen können, da nach der Aussage des Revierarztes Baron Reinach eines natürlichen Todes gestorben sei. Die Autopsie wäre nur gerechtfertigt gewesen, wenn der Verdacht des Mordes vorläge; wenn die Kommission solchen Verdacht habe, so möge sie denselben nur unter eigener Verantwortung formuliren, und dann würde die Autopsie nachträglich vorgenommen werden. Aus gleichen Gründen sei die Anlegung der Siegel an Reinachs Nachlaß nicht gerechtfertigt gewesen. Ricard theilte ferner mit, er lasse mehrere Abschriften des 500 Seiten umfassenden Berichtes des Untersuchungsrichters Prinet, der in der Panama-Sache amtirte, herstellen, sobald die Abschriften fertiggestellt seien, würden sie der Kommission zugehen. Der Minister verlangt jedoch, daß die Kommission dieses Aktenstück geheim halte, damit nicht die gesetzliche Bestimmung verletzt werde, welche die Publikation von Akten vor dem Verhandlungstermin untersagt. Andererseits versichert man, daß die Advokaten der in der Panama-Sache Angeklagten aufs entschiedenste gegen die Mittheilung der Akten an die Kommission protestiren und event. Repressalien ergreifen wollen; es heißt, der Vorsitzende des Appellgerichts, Perivier, theile die Anschauung der Anwälte.

Nachdem die Regierung den Untersuchungsrichter Prinet ermächtigt hatte, vor der Kommission zu erscheinen, erklärte dieser, er sei bereit, der Kommission zu antworten, aber nur auf Fragen, die keine Dinge beträfen, über die er das Amtsgeheimniß bewahren müsse; hinsichtlich dieser Punkte rieth er den Mitgliedern der Kommission, den Untersuchungsbericht nachzulesen. Prinet hat kein Mitglied des Parlamentes genannt; er sei ausschließlich beauftragt gewesen, diejenigen zu entdecken, welche Geld vertheilt, nicht die, welche es empfangen haben. Es seien allerdings Denunziationen gegen Parlamentarier eingegangen, dieselben seien aber werthlos gewesen, er habe sich nur mit der Angelegenheit des verstorbenen Ministers Barbe befaßt, der einen Check über 5000 Franken auf der Banque de France behoben haben sollte; von solchem Check sei aber in der Banque de France nichts bekannt gewesen. Prinet theilte ferner mit, daß er die Untersuchung auch auf den verstorbenen Baron Reinach ausgedehnt habe, der von der Panama-Gesellschaft 9½ Millionen Franks erhalten haben sollte. Er habe nichts gefunden, was diese Aussage rechtfertigen würde.

Paris, 28. November, 8 Uhr Abends. Nach Beendigung der Ersatzwahl dreier neuer Kommissions-Mitglieder erhält de la Ferronay von der Rechten das Wort für seine Anträge betreffs der besonderen Umstände, welche Reinachs Tod begleiteten. Man habe von Selbstmord durch Vergiftung und selbst von Mord gesprochen. Unter solchen Verhältnissen hätte das Gericht eine Untersuchung anordnen und die Papiere des Verstorbenen versiegeln müssen. Der Leichnam sei außerdem in allzu kurzer Zeit bestattet worden. Man habe selbst gesagt, die Beerdigung sei nur eine scheinbare, Reinach lebe noch, und der Sarg sei mit Steinen gefüllt gewesen. Unter solchen Verhältnissen sei die Ausgrabung und Sektion der Leiche dringend erforderlich. (Beifall.)

Ricard verschanzt sich hinter denselben Gründen, die er vor der Kommission bereits vorgebracht. Alle Formalitäten seien vor der Einsargung erfüllt worden. (Unruhe.) Siegel habe man nicht angelegt, weil Reinach gestorben sei, ehe er vor die Untersuchungskommission vorgeladen, und also nicht mehr in Verfolgung einbegriffen werden konnte. Der General-Prokurator habe am 19. November den Untersuchungsrichter in der Verfolgung der Sache abgelöst, und seitdem habe nur der Appellhof die Befugniß gehabt zu handeln. (Unruhe.) Wenn noch in der Sache etwas zu thun sei, werde das Gericht seine Pflicht thun. (Lärm.)

Millevoye verlangt die Umwandlung der Anfrage in eine Interpellation. Der Antrag wird angenommen.

Brisson, Präsident der Enquete-Kommission, sagt, er sei verwundert, Ricard diesen Ton anschlagen zu hören, nachdem er ihm neulich versprochen, er werde die Autopsie anordnen. Der Minister möge in dem Gesetzarsenal nachsuchen, um Licht in der Angelegenheit zu verbreiten, nachdem das Land dringend danach verlange. Wenn er aber nicht einen zutreffenden Paragraphen fände, so gebiete es ein höheres Interesse, einmal bei der Legalität vorbeizugehen. (Lebhafter Beifall.)

Loubet, der schon lange Zeichen der Unruhe gegeben, stürzt bei diesen Worten auf die Tribüne und erklärt, er könne es nicht länger dulden, daß man das Ministerium täglich verdächtige. Er sei dieser Situation überdrüssig und verlange einfache Tagesordnung.

Millevoye will durch nachstehende Tagesordnung Alles einrenken: „Die Kammer schließt sich dem Wunsche der Enquete-Kommission in der Panamafrage an und geht, auf das Kabinet vertrauend, zur Tagesordnung über", aber Loubet, der Zeichen außerordentlicher Nervosität giebt, lehnt die motivirte Tagesordnung ab, worauf unter großer Aufregung das schon von mir bekannt gegebene Votum auf einfache Tagesordnung erfolgt.

Paris, 28. November. (W. T. B.) In den Kouloirs der Kammer verlautete, daß zu den Persönlichkeiten, welche mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt werden würden, auch Brisson gehöre.

Paris, 28. November. (W. T. B.) Heute Vormittag ist abermals ein Deutscher verhaftet worden, der beschuldigt wird, Anarchist zu sein und sich an der Explosion in der Rue des Bons Enfants betheiligt zu haben.

Paris, 28. November. (W. T. B.) Wie aus Pagny gemeldet wird, sind die seiner Zeit gegen die Choleragefahr getroffenen sanitätspolizeilichen Vorkehrungen an der Ostgrenze aufgehoben worden.

Italien.

Rom, 28. November. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Der Schatzminister legte heute das abgeschlossene Budget für 1891—92 vor, welches mit einem Defizit von 46 Millionen Lire für den Schatz abschließt, ferner das rektifizirte Budget für 1892—93 mit einem Einnahme-Ueberschuß von 10,9 Millionen Lire, sowie auch den Budgetvoranschlag für 1893—94 mit einem Einnahme-Ueberschuß von etwa 3 Millionen Lire.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 28. November. (W. T. B.) Der außerordentliche Reichstag ist heute durch den König geschlossen worden. In der vom Könige verlesenen Thronrede wird den Mitgliedern des Reichstages der herzliche Dank des Königs ausgedrückt. Sodann wird betont, daß die bei der Berufung des Reichstags ausgesprochene Zuversicht in vollem Maße gerechtfertigt gewesen und die an die verschiedenen Parteien gerichtete Mahnung, alle Parteistreitigkeiten ruhen zu lassen, nicht unbeachtet geblieben sei. Die Thronrede weist ferner auf die beträchtliche Majorität hin, welche die Vorlagen betreffend die Armeeorganisation in den beiden Kammern gefunden hätten Der Reichstag habe sich hierdurch gerechte Ansprüche auf die Dankbarkeit der Zeitgenossen wie der nachkommenden Generationen erworben. Die ernsten Bemühungen der Regierung für die Sicherheit und den Frieden der vereinigten Königreiche würden schon jetzt durch das Ergebniß der Reichstagsberathungen erleichtert. Die Thronrede schließt mit dem Wunsche: „Möge Gottes Segen immer über dem geliebten Vaterlande walten!"

Christiania, 28. November. (W. T. B.) Der König hat Pasteur das Großkreuz des Ordens des heiligen Olaf verliehen.

Afrika.

Genauere Nachrichten über die näheren Umstände, die den Tod des Lieutenant Brüning und die Niederlage der von ihm geführten Expedition in dem Gefecht mit den Wahehe zwischen Kilossa und Kondoa herbeiführten, haben bisher gefehlt. Zunächst wird jetzt berichtet, warum die Wahehe sich mit dem Erfolg begnügten und keinen erneuten Vorstoß unternahmen. Die „Sansibar Gazette" bestätigt, der oberste Häuptling der Wahehe haben keinerlei Neigung, die Deutschen zu bekriegen. Verschiedene Stämme aber seien auf der Wanderung, weil in Folge einer großen Viehseuche Mangel herrsche; diese habe er nicht in der Gewalt. Mit einem solchen Stamm sei Lieutenant Brüning am 6. Oktober zusammengestoßen. Ferner erhält der „Hann. Kourier" von privater Seite folgende Mittheilungen:

„In dem Gefechte vom 6. Oktober d. J. zwischen Kilossa und Kondoa gegen die Wahehe hatte der Lieutenant Brüning nur zwei deutsche Unteroffiziere und 51 Zulus zur Verfügung, da Lieutenant Storch und Dr. Arning mit dem übrigen Theil der Zulukompagnie zu der neuen, südlicheren Station Lusolwe abkommandirt waren. Die Wahehe waren, während ein Unteroffizier und 16 Zulus eine Seitenbewegung ausführten, von Lieutenant Brüning, Sergeant Köhler und 35 Zulus aus Kondoa vertrieben; nachher machten sie aber einen Angriff in übermächtiger geschlossener Kolonne und auf diesen Angriff gaben die Zulus Fersengeld. Lieutenant Brüning und vier Zulus sind den Wilden in die Hände gefallen und von ihnen niedergemetzelt; am 8. Oktober sind die Wahehe ohne weitere Angriffe, nachdem sie Kondoa und dort lagernde Karawanen ausgeräubert, abgezogen. Die Leichen des Lieutenants Brüning und der Zulus sind dann erst von einer vom Fort ausgesandten Patrouille gesucht und gefunden und, weil nicht mehr transportabel, an Ort und Stelle bei Kondoa beerdigt. Dem die Seitenbewegung ausführenden Unteroffizier waren die Zulus ebenfalls ausgerissen. Der Vertrag mit den Zulus war bereits am 1. Juni oder 1. Juli abgelaufen gewesen; sie hatten auch schon auf der im Juni und Juli in das Land der Mahenge und Wahehe unternommenen Expedition sich geweigert, weiter zu marschiren; nur dem Einfluß des Lieutenants Brüning auf sie scheint es gelungen zu sein, sie länger zu halten. Aus einem Briefe des Lieutenants Brüning von Ende September d. J. geht hervor, daß die Zulus schließlich als äußersten Termin ihrer Ankunft an der Küste den 1. November zugestanden hatten, so daß Lieutenant Brüning hätte mit ihnen um Mitte Oktober abmarschiren müssen, falls er nicht die immer verzögerte Ablösung bekommen hätte, was ja leider vor seinem Tode nicht mehr der Fall gewesen ist. Die Katastrophe bei Kilossa hat lediglich der Umstand verschuldet, daß die Ablösung der Zulukompagnie auf ganz unbegreifliche, ja unverzeihliche Weise von dem Kommando der Schutztruppe verzögert worden ist, sowie daß die Station ungenügend besetzt gewesen ist, sowohl nach der Zahl, als der Zuverlässigkeit der Soldaten. Außerdem hören wir, daß die Zulukompagnie verhältnißmäßig schlechte Waffen gehabt, Gewehre und Seitengewehre vom Jahre 1871, so daß — kaum glaublich, aber wahr — ein Ersatz, bez. eine Ergänzung abgelehnt ist, weil — die Zulukompagnie zur Ablösung stehe und ferner, daß auch mit Munition die Station Kilossa nicht genügend versorgt war! Alle diesem nach war nicht zu verwundern, daß die Zulus nicht mehr haben fechten wollen, oder doch nur aus der Ferne durch Schießen. Endlich hören wir, daß in der Nacht vom 11. zum 12. Oktober die ganze Station Kilossa abgebrannt ist, bis auf das steinerne, noch im Bau begriffene, vom Lieutenant Brüning jedoch schon bewohnte Offizierhaus.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. November. Der Geheime Regierungs- und Provinzial-Schulrath Dr. T. Wehrmann ist gestern verstorben und dürfte diese Nachricht in der ganzen Provinz tiefste Trauer erwecken, da der Verstorbene durch seine amtliche Thätigkeit in allen Kreisen bekannt war und sich durch sein humanes Auftreten und seine persönliche Freundlichkeit überall Freunde zu erwerben wußte.

* Als in der vergangenen Nacht der Bauunternehmer Karl Marohl aus einem Tanzlokal in Alttorney nach Hause gehen wollte, überfielen ihn in der Nähe der Hohenzollernstraße zwei bisher nicht ermittelte Männer und mißhandelten ihn derartig, daß er in das alte Krankenhaus gebracht werden mußte.

* In die Kustodie wurde in letzter Nacht der Kellner Fritz Arndt eingeliefert, welcher in der großen Wollweberstraße ruhestörenden Lärm verursacht, auch wiederholt versucht hatte, in eine dortige Restauration einzudringen.

* Vermißt werden seit dem 20. d. Mts. früh die Kinder Martha und Karl des Bellevuestraße 48 wohnhaften Arbeiters Wolter.

* Vor der 1. Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich heute der Agent Alfred Gripentrog wegen einer ganzen Anzahl Strafthaten zu verantworten. In mehreren Fällen hat derselbe anvertraute Summen unterschlagen, er hat es aber auch verstanden, auf die verschiedenste Art Geld zu erschwindeln. Das Gericht sprach den Angeklagten der Untreue in 3, der Unterschlagung in 7 Fällen schuldig und verurtheilte ihn zu 1 Jahr 6 Monat Gefängniß.

* Heute früh stürzte sich die 84jährige Wittwe Schreiber aus ihrer im 4. Stock des Hauses große Domstraße Nr. 26 belegenen Wohnung auf den Hof und trat der Tod auf der Stelle ein.

* Der Ausschuß der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt für die Provinz Pom-

mern ist für Montag, den 5. Dezember, zu einer Sitzung in Stettin einberufen.

Stettin, 29. November. Zu Provinziallandtags-Abgeordneten sind neugewählt worden die Herren Landrath v. Brockhausen in Dramburg an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Pförtner daselbst für den Kreis Dramburg; Landrath v. Kleist-Retzow in Belgard an Stelle des verstorbenen Landraths a. D. v. Hagen-Premslaff für den Kreis Belgard; Rittergutsbesitzer Schumann auf Daarz an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Mühlenbeck-Groß-Wachlin für den Kreis Naugard; Landrath v. Weiher in Rummelsburg an Stelle des verstorbenen Kreisdeputirten v. Massow-Gr.-Holz für den Kreis Rummelsburg; Bürgermeister Lendel in Wolgast an Stelle des verstorbenen Justizraths v. Bahl-Sestilin für den Kreis Greifswald; Rittmeister a. D. v. Braunschweig auf Moltow an Stelle des verstorbenen Landraths v. Holtz-Alt-Marrin für den Kreis Kolberg-Körlin. Zu vollziehen sind noch seitens der Kreistage die Wahlen von Abgeordneten für den Kreis Randow an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Knoll-Grabow und für den Kreis Belgard an Stelle des verstorbenen Herrn v. Kleist-Retzow auf Kinkow.

— Bei der am Sonntag, den 4. Dezember, in der Schloßkirche stattfindenden Jahresfeier des hiesigen Bibelvereins wird Herr Pastor Jaspis aus Buchholtz die Festpredigt halten. Die Feier beginnt Nachmittags 5 Uhr.

— Vom 1. Januar 1893 ab treten, wie wir erfahren, in Bezug auf die Entlassung der von der Postverwaltung beschäftigten nicht etatsmäßig angestellten Beamten und im Arbeiterverhältniß stehenden Personen neue Bestimmungen in Kraft. Danach werden die nicht etatsmäßig angestellten Postassistenten und Telegraphenassistenten gegen sechswöchige Kündigung, die Telegraphen-Hülfstechniker, die Rohrposthülfsmaschinisten und die Fernsprechgehülfinnen zunächst ein Jahr widerruflich und von da ab gegen vierwöchige Kündigung beschäftigt. Die Annahme und Beschäftigung der ständigen Posthülfsboten auf Tagegeld, Vergütung oder auf beides und der gegen feste Vergütung angenommenen Packetträger, Stadtpostboten und Landbriefträger erfolgt während der ersten sechs Monate auf Widerruf und von da ab mit Vorbehalt einer vierwöchigen Kündigungsfrist, die der Telegraphenarbeiter lediglich mit Vorbehalt einer vierwöchigen Kündigungsfrist. Sämmtliche aufgeführten Personen können jedoch sofort aus dem Dienst entlassen werden, wenn sie sich grober Dienstwidrigkeiten schuldig machen oder durch ihr Verhalten außer dem Amte sich der Achtung, die ihr Beruf erfordert, unwürdig erweisen. Die gegenwärtig noch vorhandenen, nicht lediglich zur Befriedigung eines vorübergehenden Bedarfs angenommenen Lohnschreiber, die als Wagenwascher, Hoffeger, Ofenheizer und Lampenreiniger dauernd beschäftigten Aushelfer, die Scheuerfrauen und die Handwerker der reichseigenen Posthaltereien werden zunächst vier Wochen lang zur Probe auf Widerruf und sodann gegen vierzehntägige Kündigung beschäftigt. Für die am 1. Januar 1893 beschäftigten Personen tritt, so lange sie in derselben Dienststellung verbleiben, eine Aenderung ihrer Beschäftigungsbedingungen zu ihren Ungunsten nicht ein. Hinsichtlich des Dienstverhältnisses aller Uebrigen im Vorstehenden nicht erwähnten Beamten, Unterbeamten und Arbeiter behält es bei den bisherigen Vorschriften sein Bewenden. Insbesondere werden die nicht ständigen Posthülfsboten, die Posthülfsstelleninhaber, die Telegraphenhülfsstelleninhaber, die Postgehülfen, die Postanwärter, die Telegraphenanwärter, die Posteleven und die Postpraktikanten wie bisher auf Widerruf beschäftigt.

Die Entwickelung des modernen Nationalgefühls.

Stettin, 29. November.

Am gestrigen Vortragsabend des „Vereins junger Kaufleute" sprach Herr Professor Heick aus Heidelberg über die Entwickelung des modernen Nationalgefühls. Vor 25 Jahren, so begann der Redner, wäre ein derartiger Vortrag unmöglich gewesen, da er überflüssig war, indem in der Zeit der großen Kämpfe um die nationale Einigung das Nationalgefühl bei jedem Deutschen etwas Selbstverständliches war. Heute ist es anders; wenn auch unsere politischen Parteien von den Konservativen bis zu den Freisinnigen national gesinnt sind, mögen sie dem Staate nun mehr oder weniger Bevormundungsrecht zugestehen, so ist doch die große sozialistische Bewegung da, welche die Schranken der Nationalität durchbrechen zu müssen und auf internationaler Grundlage das Glück der Völker begründen zu können glaubt. Aber auch sonst erheben sich Stimmen genug für den Kosmopolitismus. Das kommt einmal daher, weil die Zeit der nationalen Erhebung mit ihrer alle Bedenken niederhaltenden Begeisterung schon lange Jahre hinter uns liegt, so daß nun ein kühles Prüfen des Werthes der nationalen Güter stattfinden kann, und zum anderen Mal daher, daß unsere Zeit überhaupt nicht das Gegebene als gegeben anerkennt, sondern überall kritisch den Erscheinungen auf den Grund geht. Hierbei ist das Resultat natürlich verschieden, da jeder seinem Urtheil das eigene Interesse und die persönliche Lebensanschauung zu Grunde legt. So fragt der Produzent, ob für seinen Betrieb die Zollschranken des Nationalitätsprinzips oder die Handelsfreiheit des Kosmopolitismus besser sei. Der Volkswirth legt sich die Frage vor, ob der Volkswohlstand besser gedeiht beim gemeinsamen Wirken aller Völker auf ökonomischem Gebiet oder bei der wirthschaftlichen Konkurrenz der Völker unter einander. Für den Historiker handelt es sich darum, ob für das Wohl des Volkes in politischer Beziehung das Nationalitäts- oder das Internationalitätsprinzip zuträglicher ist. Zur Beantwortung dieser Frage ist die Kenntniß der Entwickelung des Nationalgefühls nöthig. Im Alterthum war ursprünglich überall strenges Nationalitätsprinzip geltend; einzelnen kraftvollen Nationen gelang es dann durch Eroberung und Unterwerfung Weltstaaten zu bilden, aber niemals gelang es, die verschiedenen Bestandtheile der Bevölkerung auch wirklich zu einem sich eins fühlenden Ganzen zu zerschmelzen, stets blieb die äußere Zusammengehörigkeit auch rein äußerlich. Und darum mußten alle diese Weltreiche zerfallen, vom babylonischen bis zum römischen. Umgekehrt war die Entwickelung im Mittelalter. Hier ursprünglich Internationalitätsprinzip, indem der römische Kaiser deutscher Nation als der weltliche, der Papst als der geistliche Oberherr der Christenheit galt. Dieser Umstand, sowie die immer größere Zersplitterung des Reichsgebiets, dessen Kleinstaaten das undeutsche absolutistische Prinzip bis zur unerträglichsten Bevormundung ausdehnten, bewirkten, daß jedes nationale Denken und Fühlen den Deutschen abhanden kam, während im Westen starke nationale Staaten entstanden. So ist denn im 17. und 18. Jahrhundert kaum je eine Spur von Beschäftigung der Gelehrten mit politischen und staatlichen Dingen zu finden. Zwar studirte man eifrig die Schriften der Alten, in denen das Wort „Staat" eine so große Rolle spielt, aber nie kam man auf den Gedanken, die Staatsrechtstheorien der Alten auf deutsche Verhältnisse anzuwenden. Philosophie und Wissenschaft beschäftigten sich stets nur mit dem Einzelindividuum oder mit der Gesammtheit, der Menschheit. An das Dazwischenliegende, Volk oder Staat, dachte Niemand, nur Friedrich der Große allein wendete die Ergebnisse der geistigen Forschung auf die Regentenpflichten an und kam zu dem Satz, daß nicht der Monarch Souverän sei, sondern das Allgemeinwohl, und daß der Regent nur der erste Diener dieses sei. Aber er gehört seiner ganzen Richtung nach als Schriftsteller in die französische Literatur; in der deutschen giebt es nichts dergleichen, nur ein gemeinsamer deutscher Bildungsstolz und die gemeinsame Liebe zu deutscher Sprache und Sitte leuchtet daraus hervor. Einer der besten dieser Patrioten war der bekannte Spaziergänger nach Syrakus, Joh. Gottfr. Seume, der gar oft an unrechter Stelle Franzosen und Italienern gegenüber hervorhob, daß er ein Deutscher sei, aber an einen deutschen Staat dachte er so wenig wie andere. Er schwärmte für Weltbürgerthum, wollte die ganze Menschheit liebend umfassen und dachte oft daran: „Europas überfünchter Höflichkeit" den Rücken zu wenden, um sich jenseits des Meeres ganz als Mensch fühlen zu können. Demgegenüber steht der größte Deutsche, der Bildner der deutschen Sprache, der in seinem „Wilhelm Meister" sich mit dem Glück des Individuums in freiester Ungebundenheit beschäftigte. Auch die französische Revolution war nur sehr mittelbar an der Bildung des deutschen Nationalgefühls betheiligt. Man jubelte ihr zwar zu, aber eigentlich nur der Proklamation der Ideen Rousseaus und Montesquieus von den Menschenrechten. Erst durch die romantische Schule sollte die Liebe zum Deutschthum nachhaltig in die Herzen der Gebildeten gelegt werden. Diese Romantiker, durch Klopstocks Oden und Bardengesänge, sowie durch Göthes „Götz von Berlichingen" und „Faust" zur Beschäftigung mit dem Mittelalter, mit seinen Burgen und Turnieren, Rittern und schönen Frauen angeregt, kommen durch die Verherrlichung der Stätten, auf denen das mittelalterliche Leben sich abgespielt, zur Liebe zum deutschen Boden überhaupt. Sie sangen vom „freien deutschen Rhein", als die gallischen Kaiseradler des ersten Imperators zu seinen beiden Ufern flatterten. So waren die Gemüther vorbereitet; um den nationalen Gedanken in weite Volksschichten zu pflanzen, bedurfte es der völligen Demüthigung und Niederwerfung Preußens, denn nur durch die Erhebung und Wiedergeburt dieses, an der auch nichtpreußische deutsche Männer, wie Stein, Scharnhorst, Fichte, Arndt mitarbeiteten, wurden breite Massen des Volkes zur Mitarbeit an der Staatsverwaltung herangezogen und ohne Beschäftigung mit Politik ist für den einzelnen kein Nationalgefühl möglich. Herrlich bethätigte sich deutscher Sinn in den Freiheitskriegen und selbst die folgenden schlimmen Zeiten bureaukratischer Herrschaft, die alles Freiheitsgefühl zu ersticken drohten, vermochten nicht, den von Studenten, Turnern und Sängern hochgehaltenen nationalen Gedanken zu beseitigen. Er hielt an, bis Otto von Bismarck das Sehnen desselben in drei unerhört glänzenden Kriegen verwirklichte, indem er den Reichsgedanken zur Wahrheit machte.

Der gehaltvolle Vortrag fand lebhaften Beifall der zahlreich Anwesenden.

Bellevue-Theater.

„Am Altar."

Das Gastspiel des Herrn Resemann geht seinem Ende entgegen und hat derselbe auch diesmal die Hauptrollen seines Repertoirs vorgeführt; dabei durfte der „Pater Benedict" in dem Schauspiel „Am Altar" nicht fehlen und Herr Resemann hatte diese Rolle für die gestrige Vorstellung gewählt. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß „Am Altar" in der dramatischen Bearbeitung von Karl Anders keinen Vergleich aushält mit dem Original des Werner'schen Romans; die von der Werner so trefflich geschilderten und so scharf gezeichneten Charaktere haben ihre Schärfe verloren und nur Pater Benedict tritt noch hervor. Die Durchführung dieser Rolle durch Herrn Resemann ist hier bekannt, er findet für den unter dem Drucke des Ordensgelübdes leidenden Priester eine vortreffliche Wiedergabe. Die verhaltene Liebe zu Lucie, welche schließlich zum leidenschaftlichen Ausdruck gelangt, der Zwang unter dem Priesterrock, der Haß gegen seine jesuitischen Vorgesetzten — Alles dies wird von ihm in ergreifender Weise zum Ausdruck gebracht und lebhafter Beifall lohnte sein Spiel. Dieser Beifall galt aber fast ausschließlich dem geschätzten Gast allein, denn die übrige Besetzung ließ Vieles zu wünschen übrig. Zunächst lagen die beiden Damenrollen in gänzlich unrechten Händen, Frl. Plan gab sich Mühe, die „Lucie" natürlich zu gestalten, aber ihre Kraft reichte in keiner Weise dazu aus und Frl. Dubois machte aus Lucie's Gouvernante eine Possen-Haushälterin. Von den Herren gebührt Herrn Filisczanko der Vorrang, sein jesuitischer, schleichender Prior war vorzüglich wiedergegeben, besonders das Mienenspiel überaus wirksam, auch die Herren Moritz (Abt), Teuscher (Günther) und Werthmann (Ottfried) befriedigten und Herr Domann machte aus der vom Verfasser etwas unglücklich veranlagten Rolle des Grafen Rhaneck was daraus zu machen war. Den würdigen Pfarrer Clemens gab Herr Stoppel, warum wurde die Rolle nicht wieder Herrn Picha übertragen, der dieselbe früher weit besser zur Geltung brachte? Der Besuch der Vorstellung ließ zu wünschen übrig. R. O. K.

Aus den Provinzen.

Greifswald, 28. November. Der hiesige Lehrerverein erläßt folgende Erklärung: „Der Greifswalder Lehrerverein hat mit Entrüstung von den ungeheuerlichen Anschuldigungen Kenntniß genommen, welche der Pastor von Bodelschwingh in Bielefeld kürzlich in einem Rundschreiben an seine Amtsbrüder gegen den Lehrerstand ausgesprochen hat. Wir protestiren insbesondere gegen die Behauptung, daß unser Stand „in geistiger Beziehung der hülfsbedürftigste und beklagenswertheste in Deutschland sei, und daß wir die Kinder zur Feindschaft oder doch zur Gleichgültigkeit gegen den Heiland anleiten." Wir bedauern, daß gerade ein Geistlicher, trotz völliger Unkenntniß der einschlägigen Verhältnisse, den traurigen Muth gefunden hat, die Lehrer in so unerhörter Weise zu verunglimpfen."

× **Stolp i. P.** Die „membran-pneumatische" Orgel ist jetzt das neueste auf dem Gebiete des Orgelbaues. Nachdem die zur Erleichterung des Spiels bei großen Orgeln von Barker 1832 erfundene pneumatische Maschine durch die von Emil Reubke vor ca. 20 Jahren eingeführte Röhrenpneumatik, bei welcher durch direkten Druck des Orgelwindes die Ventile geöffnet und die Register angezogen werden, überflügelt worden war, hat das letztere System in neuester Zeit eine sehr wesentliche Vervollkommnung erfahren durch die Anwendung sogen. Membran-Ventile, die gleichzeitig von zwei Orgelbauern, einem süddeutschen und dem in unserm Kreise angesessenen Herrn Völkner-Dünnow erfunden worden sind. Die Membran-Ventile arbeiten vollkommen geräuschlos, bewirken leichteste Spielart, präzisestes Ansprechen des Tones, und scheinen irgend welches Versagen und in Folge dessen jede Reparatur auszuschließen. Wir hatten in diesen Tagen Gelegenheit, in der Orgelbau-Anstalt des Herrn Völkner solch ein Werk genau zu besichtigen und zu spielen und müssen bekennen, daß wir überrascht gewesen sind von der exakten Wirkung dieses neuesten Systems, welches übrigens noch den äußeren nicht zu unterschätzenden Vortheil hat, daß der Spieltisch, ohne die Spielart im geringsten zu beeinträchtigen, beliebig weit — im relativen Sinne gebraucht — vom Werk entfernt werden kann, und dieses im Gegensatz zu früheren Systemen einen erheblich geringeren Raum, sowohl was Grundfläche als Höhe anbetrifft, beansprucht. Diese Eigenschaften, sowie der billige Preis (wir sahen in der genannten Anstalt ein Werk mit Pedal und vier klingenden Stimmen schon für 900 Mark) werden ohne Zweifel das Harmonium zu Gunsten der Orgel aus kleinen Gotteshäusern, Betsälen und Wohnräumen verdrängen, sicherlich zur Freude aller, die sich aus Mangel an Raum die Aufstellung einer Orgel bisher versagen mußten.

Kunst und Literatur.

Ein großes Werk **„Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie"**. In einzelnen selbstständigen Abtheilungen in Verbindung mit Buchenberger, Bücher, Dietzel und Anderen, bearbeitet und herausgegeben von Adolph Wagner, Professor der Staatswissenschaften in Berlin, erscheint jetzt in dem ausgezeichneten C. F. Winter'schen Verlage in Leipzig.

Dasselbe scheint nach der ganzen Anlage ein Epoche machendes Werk zu werden, welches kein Politiker und Staatsmann unberücksichtigt lassen kann und welches in fünf Hauptabtheilungen erscheinen wird.

Von der dritten Hauptabtheilung: Praktische Volkswirthschaftslehre liegt uns vom zweiten Theile: Agrarwesen und Agrarpolitik. Bearbeitet von A. Buchenberger, der erste Band vor. Groß 8°° XV. 615 Seiten. Der Verfasser hat hier das in zahllosen Einzelstudien zerstreute Material mit großem Fleiße gesammelt und zu einem übersichtlichen Gesammtbilde gesammelt, von dem aus er die Möglichkeit und Nothwendigkeit der Um- und Fortbildung der agrarischen Zustände ins Auge faßt und entwickelt. Der Verfasser behandelt in diesem Geiste die aus der bäuerlichen Unfreiheit befreiende Ablösungsgesetzgebung, die Rechtsformen der Bewirthschaftung und des Besitzes: Selbstverwaltung, Pacht, Theilbau und Kollektivwirthschaft, Agrarkommunismus, dann die Politik der Landeskultur: Besiedelungen, Gemeinheiten (Allmenden), Flurbereinigungen, Be- und Entwässerungen, ferner Besitzvertheilung und Landpolitik: Große und kleine Güter, Erbrecht und Erbtheilung, innere Kolonisation; endlich die Arbeit im Betriebe und Gesindepolitik: Die ländliche Arbeiterfrage, staatliche Maßnahmen zur Lösung derselben, die Stellung der Arbeitgeber zu derselben. Alle diese Fragen sind mit großem Verständniß bearbeitet. Wir kennen kein Buch, welches sich diesem Werke hierin an die Seite stellen könnte und sehen mit größtem Interesse dem Erscheinen des zweiten Bandes entgegen. [254]

Wir haben bereits wiederholt **„Die Memoiren des Fürsten Talleyrand"** in unserm Blatte rühmend besprochen, heute liegt uns der fünfte und zugleich letzte Band derselben „Deutsche Original-Ausgabe von A. Ebeling" Köln bei Albert Ahn vor. Dieselbe bringt uns die Memoiren von 1830 bis 1834 aus der Zeit Louis Philippe's, und außerdem eine Schrift des Fürsten über den Herzog von Choiseul, der zur Zeit Friedrich II. 1740 bis 1770 in Frankreich höchst einflußreich, seit 1758 als Minister den öffentlichen Angelegenheiten vorstand. Auch dieser Band ist überaus interessant. [240]

Meineid und Sozialdemokratie. Berlin bei Rich. Wilhelmi. Preis 1 Mark. Die Brochüre weist nach, in wie frecher Weise von den Sozialdemokraten Meineide geschworen werden und wie die Führer der Sozialdemokratie Anleitung geben, die Wahrheit zu verleugnen und Meineide zu schwören. [252]

v. Westarp, Fürst Bismarck und das deutsche Volk. München, Beck'scher Verlag. Der Verfasser berichtet in dem Buche ausführlich über die Reise des Fürsten durch Dresden, Wien, München, Schwaben und Franken und über die vielen Erweise der Liebe und Verehrung, welche demselben in Kissingen, Jena und in der Heimath von allen Seiten zu Theil geworden sind, und die gerade jetzt, wo sich der Fürst von allen Staatsgeschäften zurückgezogen hat, von doppeltem Werthe erscheinen.

Vermischte Nachrichten.

— Unter den Anekdoten aus dem Leben und Wirken des kürzlich verstorbenen Wirklichen Geheimen Raths, früheren Polizei-Präsidenten von Madai wird noch die folgende mit Dank begrüßt werden: Als gelegentlich der Dreikaiserbegegnung in Berlin Abends der „große Zapfenstreich" stattfinden sollte, hatte sich, besonders in der Gegend der Schloßfreiheit, eine riesige Menschenmenge versammelt, die durch ihr umgestümes Andrängen allen besten polizeilichen Anordnungen Trotz bot, die von der Schutzmannschaft gebildete Sicherheitskette durchbrach und so Unfälle aller Art und leider auch Todesfälle herbeiführte. Ein Theil der Berliner Bürgerschaft wollte sich die Unterstützung der Familien der Verstorbenen und der Schwerverwundeten angelegen sein lassen und ließ für diesen Zweck eine Liste zur Zeichnung von Beiträgen umlaufen. Einer dieser Herren, der dem Herrn von Madai näher bekannt war, hatte sich auch an ihn wegen Leistung eines Beitrages gewendet. Schon hatte der zur Förderung von Wohlthätigkeitswerken stets bereite Herr in die Tasche gegriffen, als er plötzlich, sich eines anderen besinnend, sehr ernst wurde und rief: „Halt, das geht nicht, das geht beim besten Willen nicht! Denn wenn ich zeichnen würde, so könnte man dies verkehrter Weise als ein Schuldbekenntniß von mir auffassen. Ueberlassen Sie es mir, mein Herr, in einer Weise zu helfen, daß Niemand dies weiß!" Und so geschah es auch.

— In Glasgow hat eine Feuersbrunst eine große Fabrik zerstört, dreihundert Arbeiter sind brodlos, der materielle Schaden ist ganz bedeutend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. November. Wetter: Trübe. Temperatur — 2° Reaumur. Barometer 767 Millimeter. Wind: SW.

Weizen still, per 1000 Kilogramm loko 140—147 bez., per November 148,00 B. u. G., per November-Dezember 148,00 B. u. G., per April-Mai 153,50 B. u. G., per Mai-Juni 155,00 B.

Roggen still, per 1000 Kilogramm loko 120,00—126,00 bez., per November 128,00 bis 127,50 bez., per November-Dezember 128,00 bis 127,50 bez., per April-Mai 132,50—132,00 bezahlt.

Gerste per 1000 Kilogramm loko pommersche 130—140, Märker 132—142.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 134—138.

Rüböl behauptet, per 100 Kilogramm loko ohne Faß per November-Dezember 51,00 B., per April-Mai 51,50 B.

Spiritus ruhig, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 30 bez., per November 70er 29,6 nom., per November-Dezember 70er 29,6 nom., per April-Mai 70er 31,5 G., per Mai-Juni 70er 32 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 148,00, Roggen 127,75, 70er Spiritus 29,6, Rüböl —,—

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 29. November. **Weizen per November** 153,75 bis 153,00 Mark, per November-Dezember 153,00 Mark per April-Mai 154,50 Mark.

Roggen per November 133,00 bis 133,50 Mark, per November-Dezember 133,25 Mark per April-Mai 134,50 Mark.

Rüböl per November 51,40 Mark, per April-Mai 51,50 Mark.

Spiritus loko 70er 31,80 Mark, per November 70er 31,10 Mark, per November-Dezember 70er 31,10 Mark, per April-Mai 70er 32,70 Mark.

Hafer per November 143,50 Mark, per April-Mai 136,50 Mark.

Petroleum per November 22,00 Mark.

London. Wetter: trübe.

Berlin, 29. November. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,90	London kurz	203,45
do. do. 3½%	100,10	London lang	202,85
Deutsche Reichsanl. 3%	86,00	Amsterdam kurz	168,40
Pomm. Pfandbriefe 3½%	97,40	Paris kurz	80,90
Italienische Rente	92,70	Belgien kurz	80,85
do. 3% Eisenb.-Oblig.	56,25	Bredow. Cement-Fabr.	— —
Ungar. Goldrente	95,90	Neue Dampf.-Com. (Stettin)	75,00
Rumän. 1881er amort. Rente	96,75	St. Chamotte-Fabr. Didier	201,00
Serbische 5% Rente	76,30	„Union", Fabrik chem. Produkte	127,00
Griechische 5% Goldrente	58,40	**Ultimo-Kourse**	
Russ. Boden-Credit 4½%	99,10	Disconto-Commandit	184,25
do. do. von 1880	96,90	Berliner Handels-Gesell.	134,25
Mexikan. 6% Goldrente	79,20	Oesterr. Credit	168,10
Oesterr. Banknoten	69,80	Dynamite-Trust	136,[illegible]
Russ. Banknot. Cassa	200,60	Bochumer Gußstahlfabrik	121,40
do. do. Ultimo	200,75	Laurahütte	100,40
National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110) 4½%	104,80	Harpener	129,40
do. (110) 4%	101,80	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	118,50
do. (100) 4%	100,75	Dortm. Union St.-Pr. 6%	58,75
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,10	Ostpreuß. Südbahn	71,[illegible]0
Stett. Vulc.-Akt. Litt. B	106,50	Marienburg-Mlawka-bahn	60,10
Stett. Vulc.-Priorität.	129,50	Mainzerbahn	111,60
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. a 1000 M.	—,—	Norddeutscher Lloyd	105,50
do. 6 proz. Prioritäten	—,—	Lombarden	40,00
Petersburg kurz	200,05	Franzosen	— —

Tendenz: behauptet

Paris, 28. November, Nachmittags. (Schlußkourse.) Fest.

	Kours	vom 26.
3% amortisirb. Rente	99,57½	99,50
3% Rente	99,80	99,67½
4½% Anleihe	—,—	—,—
Italienische 5% Rente	93,82½	93,75
Oesterr. Goldrente	—,—	—,—
4% ungar. Goldrente	96,81	96,81
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	97,30	97,30
4% unifiz. Egypter	99,00	98,85
4% Spanier äußere Anleihe	63⅜	63,25
Convert. Türken	21,72½	21,70
Türkische Loose	90,25	90,60
4% privil. Türk.-Obligationen	432,00	432,00
Franzosen	636,25	638,75
Lombarden	216,25	215,00
„ Prioritäten	—,—	—,—
Banque ottomane	594,00	596,00
„ de Paris	687,00	687,00
„ d'escompte	196,00	188,00
Crédit foncier	1100,00	1098,00
„ mobilier	126,00	126,00
Meridional-Aktien	645,00	638,00
Panama-Kanal-Aktien	—,—	—,—
„ 5% Obligationen	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	422,50	418,75
Suezkanal-Aktien	2637,00	2635,00
Gaz Parisien	—,—	—,—
Credit Lyonnais	785,00	785,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	—,—	—,—
Transatlantique	—,—	—,—
B. de France	3970,00	3960,00
Ville de Paris de 1871	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	360,00	367,00
2¾ Cons. Angl.	—,—	—,—
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122⅝	122⅝
Wechsel auf London kurz	25,12	25,12½
Cheque auf London	25,13½	25,14
Wechs. Amsterdam k.	206,00	206,00
„ Wien k.	207,62	207,62
„ Madrid k.	429,50	429,00
Comptoir d'Escompte neue	525,00	523,00
Robinson-Aktien	99,37	100,60
Neue Rente	—,—	—,—
Portugiesen	23,43	23⅝
3% Russen	80,20	80,20

Bremen, 28. November. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Fest. Loko 5,55 B. Baumwolle fest.

Wien, 28. November. Getreidemarkt. Weizen per Herbst — G., — B., per Frühjahr 7,71 G., 7,74 B. — Roggen per Herbst — G., — B., per Frühjahr 6,71 G., 6,74 B. — Mais per November — G., — B., per Mai-Juni 5,21 G., 5,24 B. — Hafer per Herbst — G., — B., per Frühjahr 5,93 G., 5,96 B.

Amsterdam, 28. November, Nachmittags. Bancazinn 56,00.

Amsterdam, 28. November. Java-Kaffee good ordinary 57,50.

Amsterdam, 28. November, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per November —,—, per März 173,00. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine höher, per März 127,00, per Mai 123,00. Rüböl loko 26,50, per Dezember 25,75, per Mai 26,75.

Antwerpen, 28. November. Getreidemarkt. Weizen unbelebt. Roggen schwach. Hafer ¼ Sh. niedriger. Gerste träge.

Antwerpen, 28. November, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 12⅞ bez. u. B., per November 12¾ B., per Dezember 12⅞ B., per Januar-März 13⅛ B. — Ruhig.

Paris, 28. November, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 38,00 bis 38,25. Weißer Zucker ruh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 40,00, per Dezember 40,25, per Januar-April 41,00, per März-Juni 41,62½.

Paris, 28. November. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per November 21,20, per Dezember 21,40, per Januar-April 22,10, per März-Juni 22,60. Roggen ruhig, per November 13,90, per März-Juni 14,60. Mehl ruhig, per November 48,00, per Dezember 48,40, per Januar-April 49,00, per März-Juni 49,70. Rüböl träge, per November 59,00, per Dezember 59,00, per Januar-April 59,75, per März-Juni 60,50. Spiritus ruh., per November 46,75, per Dezember 47,00, per Januar-April 47,25, per Mai-August 47,00. — Wetter: Nebelig.

London, 28. November, Nachmittags 2 Uhr. (Privat-Depesche.) Kupfer, Chili bars good ordinary brands 48 Lstr. 2 Sh. 6 d. — Zinn [illegible] 94 Lstr. 2 Sh. 6 d. — Zink 18 Lstr. 17 Sh. 6 d. — Blei 10 Lstr. — Sh. — d. — Roheisen. Mixed numbres warrants 41 Sh. 9 d.

[illegible] 28. November. 96% Javazucker loko 16,37, ruhig. — Rüben-Rohzucker loko 13,75, ruhig. — Centrifugalzucker —,—.

London, 28. November. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Milde.

Glasgow, 28. November, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 8½ d.

Glasgow, 26. November. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 348,491 Tons gegen 499,678 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 78 gegen 77 im vorigen Jahre.

Newyork, 28. November, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Dezember —,—. Weizen per Mai 83,62.

Newyork, 28. November. Wechsel auf London 4,85½. — Petroleum in Newyork 5,60, in Philadelphia 5,55 rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certif. per Dezember — D. 51 C. Mehl 3 D. 10 C. Rother Winterweizen loko — D. 77⅝ C. Rother Weizen per November — D. 76⅞ C., per Dezember — D. 77⅛ C., per Mai — D. 83⅞ C. Getreidefracht 2,00. Mais per Dezember 50⅞. Zucker 2 15/16. Schmalz loko 10,00. Kaffee Rio Nr. 7 17,25. Kaffee per Dezember ord. Rio Nr. 7 16,55. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 7 16,25. Weizen (Anfangs-Kours), per Mai 83⅝.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 28. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Dezember 4,75 per Juli 4,92 Verkäufer.

Schiffs-Nachrichten.

Flensburg, 29. November. (Hirschs T. B.) Das hiesige Seeamt bestätigt, daß der große Kieler Dampfer „Alarich" auf der Fahrt von Spanien nach Newyork mit 20 Mann Besatzung untergegangen sei.

Telegraphische Depeschen.

Görlitz, 29. November. Wie der „Neue Görlitzer Anzeiger" meldet, zirkulirt das Gerücht von dem baldigen Rücktritt des Regierungspräsidenten Prinzen Handjery und des Oberpräsidenten von Seidewitz. Als Nachfolger des Ersteren wird Graf Stolberg, als der des Letzteren Graf Zedlitz genannt.

Posen, 29. November. Der „Posener Zeitung" zufolge wird hier am 10. Dezember ein Städtetag der Provinz stattfinden. Gegenstand der Berathung wird der Kommunalsteuergesetzentwurf sein.

Paris, 29. November. In Parlamentskreisen herrscht die allgemeine Meinung, daß Präsident Carnot mit der Neubildung des Kabinets den Präsidenten der Panama-Kommission Brisson betrauen werde. Sollte Brisson den Auftrag ablehnen, so würde sich Carnot an Casimir Perier wenden. In Abgeordnetenkreisen war man auf die eingetretene Wendung nicht gefaßt, hatte vielmehr geglaubt, Ricard werde die Interpellation über den Tod Reinachs beantworten; daß dies nicht geschehen, kann nur dem Wunsche des Kabinets zugeschrieben werden, von der Verantwortlichkeit für die Folgen und die Ausdehnung des augenblicklichen Skandals entbunden zu werden.

London, 29. November. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Bombay beabsichtigt die indische Regierung eine scharfe Note an den Emir nach Kabul zu senden und von demselben eine ausreichende Erklärung für seine angebliche Einmischung in die Angelegenheit Chitrals zu fordern.

London, 29. November. In einem Finanzartikel der „Times" heißt es, man sei ganz allgemein der Meinung, daß das gestrige Telegramm aus Buenos-Ayres über die Ansichten des dortigen Finanzministers lediglich als ein ballon d'essai anzusehen sei.

Petersburg, 29. November. „Rußkoje Obosrahe" stellt dem Prinzen Ferdinand von Koburg dasselbe Schicksal wie das des Herzogs von Aosta oder des Erzherzogs Ferdinand Max in Aussicht. Sein Schicksal liege indeß noch ganz in seiner Hand, Rußland werde geduldig warten. In der bulgarischen Frage stehe nicht die Zukunft Rußlands und Bulgariens auf dem Spiele, sondern diejenige Oesterreichs. Im entscheidenden Momente werde sich Rußland seiner Pflicht gegen die Länder an der mittleren Donau, Save, Drau und an der adriatischen Küste bewußt werden; deren schlimme Lage sei der wundeste Punkt der internationalen Beziehungen Rußlands-Oesterreich wisse das und suche Rußlands Aufmerksamkeit durch Aufthürmen von Schwierigkeiten in Bulgarien abzulenken, die am leichtesten in den Karpathen zu beseitigen wären. Oesterreich habe 1863 Noten wegen der Polen erlassen. Rußland habe ein größeres Recht, für die Russen in Oesterreich zu sorgen; die Frage sei spruchreif und jeden Augenblick könne sie auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Kosaken-Offizier Schevebkow, welcher den Kosaken-Offizier Slowasky kürzlich durch drei Revolverschüsse tödtete, ist vom Militärgericht zu zwölfjähriger Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken verurtheilt worden.

Bukarest, 28. November. Die Deputirtenkammer und der Senat wählten das bisherige Präsidium wieder.